

Samstag, 12. September 2020

# Spitalrat gibt Ideen für Strategie bekannt

Ein selbstständiges Kompetenzzentrum für eine stationäre Grundversorgung: So sieht der Spitalrat die Zukunft des Kantonsspitals.

### Philipp Unterschütz

Vertiefung der Zusammenarbeit mit einem Zentrumsspital zur Sicherung des medizinischen Angebots, Prüfung und Umsetzung einer weiteren Ausgliederung von Nicht-Kernleistungen sowie die Überprüfung des Leistungsauftrags im kantonalen Gesundheitsgesetz. Das sind die Kernpunkte der Vorschläge für die strategische Ausrichtung des Kantonsspitals Obwalden (KSOW), die der Spitalrat dem Regierungsrat vorgelegt hat. Diese Vorlage an die Regierung erfolgte eigentlich bereits Ende März. Weil aber das Personal wegen der Coronasituation nicht vorher informiert werden konnte, hat der Spitalrat erst gestern die Öffentlichkeit mit einer Mitteilung informiert.

Mit seiner neuen Spital-Strategie verfolge der Spitalrat für das KSOW die klare Zielsetzung, zu Gunsten der Obwaldner Bevölkerung ein medizinisch sinnvolles und finanzierbares Angebot zur Verfügung zu stellen. «Insbesondere soll die Zukunft einer eigenständigen Institution sichergestellt werden», schreibt der Spitalrat. «Auch sollen die Kosten für den Kanton in allen Belangen langfristig tragbar sein.» Die neue Strategie stehe auch vor dem Hintergrund, dass sich das gesundheitspolitische Umfeld rasant verändere. Der Spitalrat erwähnt unter anderem die zunehmende Spezialisierung der Medizin, den Mangel an Fachpersonal, Mindestfallzahlen für operative Eingriffe, die fehlende finanzielle Nachhaltigkeit oder die gesetzlichen Grundlagen.

#### In der Nacht soll es keine Operationen mehr geben

Mit seiner Strategie hat der Spitalrat dem Regierungsrat verschiedene Massnahmen zur Prüfung vorgeschlagen. Die stationäre Grundversorgung soll in einem medizinisch sinnvollen und finanziell tragbaren Rahmen weitergeführt werden. Das bereits heute sehr breite Ange-



Kantonsspital Obwalden: Der Spitalrat hat sich Gedanken zur Zukunft gemacht.

Bild: PD

bot soll in Zukunft aber vermehrt im Verbund mit einem Zentrumsspital als Partner erbracht werden. Die Spezialisten am KSOW würden die notwendigen Abklärungen zu Behandlungen im Rahmen der Spitalgrundversorgung im Kantonsspital vornehmen oder bei Bedarf als Belegarzt den Patienten ins Zentrumsspital begleiten. Durch diese Form der Zusammenarbeit, die beispielsweise in der Bauchchirurgie mit dem Luzerner Kantonsspital bereits gut etabliert sei, könnten die Kosten stabilisiert und die Infrastrukturbedürfnisse konzentriert werden, hält der Spitalrat fest.

In der Strategie werden vor allem drei Massnahmen erwähnt. Erstens soll die Innere Medizin und Geriatrie gestärkt werden. Dabei sollen die heimischen Hausärzte, die Spitexdienste und die Alters- und Pflegeheime einbezogen werden. Zweitens soll nur noch zwischen 7 und 22 Uhr im zweischichtigen Betrieb operiert werden. Während des gesamten Jahres 2019 wurden zwischen 22 und 7 Uhr und an den Wochenenden nur gerade 33 Operationen durchgeführt, weniger als drei pro Monat.

Als Konsequenz dieser Reduktion soll als dritte Massnahme die Regierung eine Neuregelung des Leistungsauftrags Geburtshilfe prüfen. «Die Vorhalteleistungen dafür kosten pro Jahr rund 2 Millionen Franken, werden aber eher wenig genutzt», erklärt Thomas Straubhaar. Wenn man sie aber reduzieren oder weglassen wolle, könne die ganze Geburtshilfe nicht mehr angeboten werden.

# Gesundheitsgesetz müsste geändert werden

«Welche Leistungen am KSOW künftig angeboten werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere davon, was unter den geltenden und künftigen Rahmenbedingungen möglich und sinnvoll ist», präzisiert Straubhaar. «Was wir vor Ort

leisten wollen, hängt letztlich ab vom politischen Willen, von den Bedürfnissen der Bevölkerung und deren Bereitschaft, die Finanzierung sicher zu stellen.»

Es handle sich bei den Überlegungen des Spitalrats um eine fundierte, betriebswirtschaftlich orientierte Analyse, lässt sich Gesundheitsdirektorin Maya Büchi in einer Mitteilung der Regierung zitieren. Die Umstellung der operativen Medizin und die Neuregelung der Geburtshilfe weise finanzielle Vorteile auf, was die Regierung in ihrer Gesamtbeurteilung berücksichtigen werde. Gemäss Gesundheitsgesetz müssen in Sarnen aber mindestens die Abteilungen Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie/Geburtshilfe und Anästhesie geführt werden. Noch fehlten die notwendigen Unterlagen für eine grundlegende Gesetzesrevision im Spitalbereich. Gegenwärtig führt eine Projektgruppe eine Analyse zur «Akutversorgung im Verbund» durch. «Der Fächer der Varianten reicht vom heutigen Zustand bis zur Schaffung eines regionalen Gesundheitszentrums», erklärt Landstatthalter Daniel Wyler. Ende dieses Jahres soll die Gesamtbeurteilung vorliegen. Anschliessend legt der Regierungsrat das weitere Vorgehen fest.

# Kanton Nidwalden sucht einen Chef-Raumplaner

Die Leitung des Amts für Raumentwicklung ist seit Anfang 2019 interimistisch besetzt. Die Regierung beantragt eine Stelle beim Landrat.

Seit der Pensionierung von Markus Gammeter als Vorsteher des Amts für Raumentwicklung Anfang 2019 hat Viktor Schmidiger ad interim die Amtsleitung übernommen - neben seiner Aufgabe als Leiter des Amts für Gefahrenmanagement.

Nun hat der Kanton Nidwalden die Leitung des Raumentwicklungsamtes ausgeschrieben. «In der letzten Zeit haben wir uns Gedanken gemacht, wie wir weiter verfahren wollen», sagt Baudirektor Josef Niederberger auf Anfrage. Eine Option sei gewesen, alles weiterzuziehen wie bisher, weil es gut laufe. Auf der anderen Seite sei auch von aussen her festgestellt worden, dass Schmidiger mit der

operativen und strategischen Leitung beider Ämter eine grosse Last zu bewältigen habe. Komme hinzu, dass im Amt für Gefahrenmanagement etwa das ganze Thema Buoholzbach viel Arbeit bedeute. Nicht zuletzt sei auch aus dem Landrat ein gewisser Druck gekommen.

## Viele raumplanerische Fragen zu klären

In der kommenden Zeit kämen beim Kanton viele raumplanerische Fragen auf den Tisch. Im Weiteren stehen infolge des neuen Planungs-und Baugesetzes (PBG) die Überarbeitung der Bau- und Zonenreglemente (BZR) mit den Gesamtrevisionen der Nutzungsplanungen in allen Nidwaldner Gemeinden an. «So sind wir einig geworden, für das Amt für Raumentwicklung wieder eine eigene Leitung zu suchen», sagt Josef Niederberger.

«In meiner Beurteilung ist das Amt für Raumentwicklung eines der wichtigsten Ämter für den Kanton.» Es habe viele Querschnittaufgaben zu bewältigen und stehe in steter Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den anderen Abteilungen der kantonalen Verwaltung. Ziel sei es, in dem wichtigen Bereich die Dienstleistung gegenüber dem Bürger in Zukunft zu verstärken.

Bewusst sei ihm, dass es für die sehr spezielle Stelle nicht haufenweise geeignete Personen gebe. Neben den entsprechenden Fachkenntnissen sind im Stelleninserat auch ein überzeugendes Auftreten und eine hohe Kommunikations- und Ausdrucksfähigkeit gefragt. Nicht vorgesehen ist laut dem Baudirektor, anderswo jemanden abzuwerben.

#### Stelle soll kommendes Jahr besetzt werden

Für die Stelle braucht es zusätzliche 100 Stellenprozente in der Baudirektion. «Der Regierungsrat wird diese Leistungsauftragserweiterung im Rahmen der Beratung des Budgets im November dem Landrat vorlegen», so Niederberger. «Ich

«Das Amt für Raumentwicklung ist eines der wichtigsten Ämter für den Kanton.»



Josef Niederberger Baudirektor Nidwalden

habe die Erlaubnis erhalten, die Position schon jetzt auszuschreiben. So können wir die Bewerbungen bereits sichten.» Besetzt werden könne die Stelle erst nach der Genehmigung durch das Parlament.

Die neue Amtsleiterin oder der neue Amtsleiter werde so voraussichtlich die Arbeit im Verlaufe des kommenden Jahres aufnehmen können, sagt Niederberger. Die Person könne frühestens auf Ende November ihre derzeitige Stelle kündigen. Dann dauere es je nach Kündigungsfrist drei bis sechs Monate, bis sie anfangen könne.

**Martin Uebelhart**